19. 1. Kann auf einen Verstoß gegen die Vorschriften, betreffend die Einleitung des Wiederaufnahmeverfahrens, die Revision gegen das in diesem Verfahren ergangene Urteil gestützt werden?

2. Steht ein auf Einstellung des Verfahrens lautendes Urteil, weil der Angeklagte zur Zeit der That noch nicht das zwölfte Lebensjahr vollendet hatte, einer freisprechenden Entscheidung im Sinne des §. 399 Ziff. 5 St. P. O. gleich?

St. P. O. §§. 399 Ziff. 5. 412. 413. 259.

St. G. B. §. 55.

IV. Straffenat. Ur. v. 15. November 1889 g. W. Rep. 2568/89.

I. Landgericht Posen.

Der Angeklagte war unter der Feststellung, daß er am 13. März 1876 geboren, wegen eines im Februar 1889 verübten Diebstahles verurteilt worden. Nachdem das Urteil die Rechtskraft beschritten, beantragte die Staatsanwaltschaft zu gunsten des Angeklagten die Wiederaufnahme des Verfahrens und bezog sich zur Begründung des Antrages auf einen im früheren Verfahren nicht Gegenstand der Verweisaufnahme gewesenem Tauffchein, nach welchem der Angeklagte am 13. März 1877 geboren, mithin zur Zeit der That noch nicht strafmündig war. Das Gericht gab dem Antrage statt, verordnete das Wiederaufnahmeverfahren und erkannte in demselben, unter Aufhebung des früheren Urteiles, auf Einstellung des Verfahrens. Die gegen diese Entscheidung von der Staatsanwaltschaft eingelegte Revision ist verworfen worden aus folgenden

Gründen:

Die Revision sichts das vorinstanzliche Urteil an, weil keiner der die Wiederaufnahme des Verfahrens rechtfertigenden Fälle vorgelegen habe, somit §. 399 St. P. O. verletzt worden. Sie gelangt bei der näheren Begründung ihres Angriffes zu dem Satze, daß, weil im §. 399 Ziff. 5 a. a. O. nur solche Thatfachen oder Beweismittel zugelassen werden, welche die Freisprechung des Angeklagten oder die Anwendung eines milderen Strafgesetzes und infolgedessen eine geringere Strafe zu begründen geeignet sind, in dem Wiederaufnahmeverfahren ein auf Einstellung des Verfahrens lautendes Urteil unzulässig sei.

Diese Ausführung läßt unklar, ob das Urteil Gegenstand des Angriffes ist, weil die Formulierung seiner Entscheidung dem Gesetze

widerspreche, oder weil es auf einem die Wiederaufnahme des Verfahrens anordnenden normwidrigen und den §. 399 a. a. D. verletzenden Beschlusse beruhe. Indessen vermag die Revision weder nach der einen noch nach der anderen Richtung hin durchzudringen.

In ersterer Beziehung kann es dahingestellt bleiben, ob die Vorinstanz, indem sie die Einstellung des Verfahrens aussprach, ihrer Entscheidung eine durchaus bedenkenfreie Formulierung gegeben, und ob nicht vielmehr bei dem Vorliegen eines Strafverfolgungshindernisses die Unzulässigkeit der Strafverfolgung auszusprechen gewesen wäre, eine Formel, die, wie die Motive ausdrücklich hervorheben,

Hahn, Materialien Bd. 1 S. 198,

durch die Vorschrift des §. 259 St. P. O. nicht hat ausgeschlossen werden sollen. Jedenfalls irrt die Revision, wenn sie aus dem Gesetze folgern will, daß die Vorinstanz nur auf Freisprechung oder unter Anwendung eines milderen Strafgesetzes auf eine geringere, als die früher verhängte Strafe hätte erkennen dürfen. Einer derartigen Rechtsansicht steht der §. 413 St. P. O. entgegen. Ohne zu unterscheiden, ob der Antrag auf Wiederaufnahme des Verfahrens zu gunsten oder zu ungunsten des Angeklagten gestellt worden, ordnet er an, daß, wenn gemäß §. 410 a. a. D. dem Antrage stattgegeben und die Wiederaufnahme des Verfahrens verordnet worden, in der erneuten Hauptverhandlung das dieselbe abschließende Urteil die frühere Entscheidung entweder aufrechterhalten oder aufheben muß, und daß im letzteren Falle „anderweit in der Sache zu erkennen“ ist. Er enthält für die „anderweitige“ Entscheidung außer der im Abs. 2 gedachten Bestimmung keinerlei Beschränkung des erkennenden Richters und muß aus ihm gefolgert werden, daß nach dem Abschlusse des Vorverfahrens, also nach dem Erlasse des Beschlusses, durch den die Wiederaufnahme des Verfahrens verordnet worden, das weitere Verfahren als ein durchaus neues Hauptverfahren anzusehen, und daß auf die erneute Hauptverhandlung, wie auch die Motive zu §. 413,

Hahn, Materialien Bd. 1 S. 268,

betonen, die Vorschriften des sechsten Abschnittes zweiten Buches der Strafprozeßordnung Anwendung finden müssen. Es hat daher das Gericht in unbeschränkter Anwendung der §§. 260. 263 St. P. O. aus den Ergebnissen der Hauptverhandlung seine Überzeugung zu schöpfen und dieselbe ohne Rücksicht auf die Bestimmung des §. 399 a. a. D.

zum Ausdruck zu bringen. Die gleiche Rechtsansicht liegt auch dem Urteile des Reichsgerichtes vom 27. März 1885,

Entsch. des R.G.'s in Straff. Bd. 12 S. 125,
zu Grunde. Hiernach kann der Revisionsbehauptung, daß die Vorinstanz durch die Entscheidung auf Einstellung des Verfahrens eine Rechtsnorm verletzt habe, nicht beigetreten werden.

Wollte jedoch die Revision ihren Angriff auf die Behauptung stützen, daß das Wiederaufnahmeverfahren zu Unrecht und unter Verletzung des §. 399 Ziff. 5 eingeleitet worden, und daß das bekämpfte Urteil auf dieser Gesetzesverletzung beruhe, so würde auch diese Begründung dem Angriffe Erfolg nicht verschaffen können. Denn selbst zugegeben, daß der beigebrachte Taufschein des Angeklagten W. kein Beweismittel war, welches die Freisprechung des Angeklagten zu begründen geeignet erschien, weil durch ihn nur die Unzulässigkeit der strafrechtlichen Verfolgung des Angeklagten erwiesen werden konnte, daß also durch ihn die Voraussetzungen nicht erfüllt wurden, welche der §. 399 a. a. D. für den Beschluß auf Wiederaufnahme des Verfahrens erfordert, so würde doch diese Normwidrigkeit den Rechtsbestand des Urteiles nicht gefährden. Auch angenommen, daß der Beschluß über die Wiederaufnahme des Verfahrens zu denjenigen, dem Urteile vorausgegangenen Entscheidungen gehört, auf welchen dasselbe beruht, die also gemäß §. 375 St.P.D. im Wege der Revision der Beurteilung des Revisionsgerichtes unterbreitet werden können, entzieht doch der §. 412 der auf den Beschluß gestützten Beschwerde den Boden. Nach ihm unterliegen alle in dem die Wiederaufnahme betreffenden Verfahren ergehenden Entscheidungen der Anfechtung durch die sofortige Beschwerde. Von dieser Regel ist auch der von der Revision angegriffene Beschluß nicht ausgeschlossen. Um ihm entgegenzutreten und seine Aufhebung herbeizuführen, war daher die sofortige Beschwerde der durch §. 412 geordnete Rechtsbehelf. Wo aber das Gesetz diesen Weg zur Bekämpfung einer gerichtlichen Entscheidung zuläßt, da kann, wie auch das Reichsgericht bereits im Urteile vom 30. Juni 1881,

Entsch. des R.G.'s in Straff. Bd. 4 S. 402,
und in Ansehung des Antrages auf Führung der Voruntersuchung im Urteile vom 29. Februar 1884,

Rechtspr. des R.G.'s Bd. 6 S. 163,

angenommen, der gleiche Zweck nicht auch mit anderen Rechtsbehelfen, insbesondere dem Rechtsmittel der Revision, verfolgt werden. Somit entzieht sich die Behauptung der Revision, daß der §. 399 Ziff. 5 rechtsirrig angewendet worden, der Prüfung des Revisionsgerichtes, und ist ein Verstoß gegen den Paragraphen nicht geeignet, der Revision als Unterlage zu dienen.

Selbst wenn man aber auch zugeben wollte, daß der §. 412 a. a. D. der Beschwerde nicht entgegenstehe, so würde dennoch ein Verstoß gegen den §. 399 Ziff. 5 nicht anzuerkennen sein. Denn der Auslegung, welche die Revision dem Paragraphen im engen Anschlusse an seinen Wortlaut giebt, kann nicht beigetreten werden. Es mag unerörtert bleiben, ob nicht unter den Begriff der Freisprechung im Sinne des Paragraphen alle diejenigen richterlichen Urteile zu subsumieren sind, welche überhaupt keine zu Ungunsten des Angeklagten lautende Entscheidung der Schuldfrage enthalten, ohne Rücksicht darauf, in welche Formel sie gekleidet ist. Jedenfalls fällt die in dem bekämpften Urteile ausgesprochene Einstellung des Verfahrens unter den Begriff. Sie ist gestützt auf den §. 55 St.G.B.'s, welcher die Grenzen der Strafreise festsetzt und jede strafrechtliche Verfolgung eines außerhalb derselben stehenden Thäters ausschließt. Wenn nun §. 56 a. a. D., welcher sich mit den zwar strafreifen, jedoch noch nicht 18 Jahre alten Personen beschäftigt, die Freisprechung derselben anordnet, sobald ihnen die zur Erkenntnis der Strafbarkeit ihrer Handlung erforderliche Einsicht, also eine geistige Ausbildung fehlt, deren Mangel der §. 55 in jedem Falle voraussetzt, so führt eine Vergleichung beider Vorschriften zu der Folgerung, daß das Gesetz die außerhalb der Grenze der Strafreise stehenden Thäter nicht schlechter behandeln kann und will, als die zwar strafreifen, aber noch nicht 18 Jahre alten Thäter. Wenn daher der §. 55 die Unstatthaftigkeit der Strafverfolgung ausspricht, so kann dieser Ausspruch einen geringeren und weniger gewichtigen Inhalt nicht haben, als der der Freisprechung. Demgemäß ist eine auf Grund des §. 55 a. a. D. ergehende Entscheidung, selbst wenn sie in die Formel der Einstellung des Verfahrens gekleidet wird, als unter den Begriff der Freisprechung im Sinne des §. 399 Ziff. 5 St.P.D. fallend zu erachten.